



Antrag

der Abgeordneten **Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Martin Schöffel, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Hans Ritt, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder CSU**

Entwicklung der Bienenvölker beobachten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu berichten:

1. über die aktuelle gesundheitliche Entwicklung der Bienenvölker in Bayern und evtl. Prognosen für die Überwinterung 2014/2015,
2. über die bisherigen Ergebnisse des seit 10 Jahren laufenden Deutschen Bienen-Monitoring und des seit 2012 laufenden Europäischen Bienen-Monitoring,
3. über die Inanspruchnahme der staatlichen Beratung bei der Varroabekämpfung,
4. über zu erwartende Auswirkungen des neuen KULAP auf die Entwicklung der Bienenweide,
5. welcher aktuelle Kenntnisstand zum Kleinen Beutenkäfer vorliegt, mit welchen Auswirkungen auf die heimische Bienenhaltung zu rechnen ist und welche Gegenmaßnahmen einsetzbar sind,
6. auf welche alternativen Pflanzenschutzmittel die Landwirtschaft aufgrund der verbotenen Neonikotinoide im Ackerbau zurückgreift und wie diese im Hinblick auf die Schädlingsentwicklung einzuschätzen sind.

Begründung:

Die Bedeutung von Bienen und anderen blütenbestäubenden Insekten für den Erhalt unserer Ökosysteme und für die landwirtschaftliche Produktion durch ihre Bereitstellung der Bestäubungsleistung ist unersetzlich. Umso besorgniserregender sind die Meldungen der letzten Jahre zu massiven Verlusten von Bienenvölkern. Von den bienenwissenschaftlichen Einrichtungen wird als Hauptursache für die Völkerverluste die parasitische Milbe *Varroa destructor* angeführt. Aber auch Auswirkungen durch den Pflanzenschutz und der Mangel an ausreichender Bienenweide werden diskutiert. Außerdem wurde im September dieses Jahres erstmalig der Bienenschädling „Kleiner Beutenkäfer“ in Europa (Kalabrien, Italien) festgestellt. Für konkrete Forderungen nach Gegenmaßnahmen ist eine ausführliche Berichterstattung notwendig.